

Die folgende Plattform wurde von Hans Ludwig in die Programmdiskussion der CDU und CDA 2010 eingebracht. Sie ist Grundlage für eine ordnungspolitische Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland unter Einbeziehung der Familienwirtschaft als Wachstumsfeld unserer Volkswirtschaft. Sie ist schließlich Ausdruck eines erneuerten Denkens über die Wirtschaft, die den sozialetischen Anforderungen und dem Gerechtigkeitsempfinden unserer Menschen besser entspricht. In der aktuellen Programmdiskussion 2018 empfiehlt es sich, als anzustrebende Gesellschaft eine „klassenfreie solidarische Arbeitsgesellschaft in marktwirtschaftlicher Ordnung“ zu nehmen.

Plattform für die Programmdiskussion der CDU, verabschiedet vom
Kreisvorstand der CDA am 11. Juni 2010

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die soziale Marktwirtschaft ist die Transformation demokratischer Grundwerte in den Bereich der Wirtschaft, als da sind: Freiheit – Solidarität – Menschlichkeit.

Freiheit ist nicht nur die persönliche Entscheidungsfreiheit infolge fehlender staatlicher Gängelung und zentraler Lenkung oder Abhängigkeit, sondern auch die Möglichkeit, wirtschaftliche Pläne frei, informiert und verantwortlich zu verwirklichen. Sie setzt voraus, dass für alle Menschen die ökonomischen Möglichkeiten gegeben sind, d. h. ökonomische Mittel in etwa gleich verteilt sind. „Wer am Markte Macht hat, darf nicht frei sein“ (Ludwig Erhard, 1949 auf dem Parteitag der CDU in Düsseldorf). Freiheit könne nur dann gedeihen, wenn auch die wirtschaftlichen Machtmittel aufgeteilt seien, weil politische Freiheit an ökonomisch zu sichernde Unabhängigkeit gebunden sei (Müller-Armack in: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, 1946)

Freiheitsüberlegungen gehen ökonomischen Interessen vor. „Unter dem Gesichtspunkt der Freiheit dürfte die Marktwirtschaft auch dann noch vorzuziehen sein, wenn ihre ökonomischen Leistungen geringer wären als die der Wirtschaftslenkung. Es ist dies, wie wir sehen, in keiner Weise der Fall, aber es scheint doch notwendig, darauf hinzuweisen, dass das letzte Kriterium für eine Wirtschaftsordnung auch im Geistigen ruht und nicht im Wirtschaftlichen allein.“ (Müller-Armack, ebda)

Solidarität meint in der Tradition der Katholischen Soziallehre eine Ordnung der Gesellschaft und Wirtschaft, aus der niemand, der Gottes Antlitz trägt, herausfällt. Das oberste Sozialprinzip, die Zugehörigkeit eines jeden Menschen zur Gesellschaft und die Beteiligung, vor allem an der gesellschaftlichen Arbeit, erfordert Vollbeschäftigung, d. h. die Einbeziehung jeglicher gesellschaftlich-ökonomischer Arbeit in den gesamtgesellschaftlichen Einkommensentstehungs-, -verteilungs- und -verwendungsprozess. Das nennt man in der sozialetischen Diskussion heute **Gerechtigkeit**.

„Eine *Arbeitsgesellschaft* ist eine Gesellschaft, in der soziale Zugehörigkeit wesentlich daran geknüpft ist, dass man seinen Arbeitsbeitrag leistet. Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft. Das Recht auf soziale Zugehörigkeit nimmt bei uns die Form eines Rechtes auf Arbeit an... Wer in einer Arbeitsgesellschaft seinen vollen Arbeitsbeitrag leistet, aber behandelt wird, als arbeite er gar nicht (z. B. die Mütter, d.V.) wird sozial ausgeschlossen. In einer Arbeitsgesellschaft tangiert die Nichtanerkennung von Familienarbeit die Menschenwürde. Die Lohnforderung für Familienarbeit ist ein Gebot des Anstandes und nicht nur der

Verteilungsgerechtigkeit.“ (Angelika Krebs, in: *Arbeit und Liebe, Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit*, Frankfurt 2002)

Menschlichkeit wird hier bewusst als Begriff an Stelle der gewohnten Brüderlichkeit eingefügt, weil es eines der großen Defizite der bisherigen Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ist, typische Arbeitsfelder der Frauen, vor allem auch der Mütter, in der Vergangenheit nicht zur gesellschaftlichen Arbeit zu zählen. Fast 2/3 der gesellschaftlichen Arbeit wird überwiegend von Frauen unbezahlt in den Familienhaushalten geleistet. Dies ist eine sexistische Einseitigkeit und Diskriminierung der Frauenarbeit, die gerade in einer sozialen Marktwirtschaft keinen Platz mehr haben darf. Männer sind an dieser, in Zukunft gleichwertig zu bezahlenden Arbeit, in gleicher Weise zu beteiligen, wie Frauen an der bisherigen bezahlten außerhäuslichen Erwerbsarbeit gleichwertig zu beteiligen sind. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Lohndiskriminierung der Frauen im Erwerbsektor und der Erwartung der Gesellschaft, dass sie (die Mütter) im Zweifel und im Konflikt die Kinder zu versorgen haben. Allein die Lohndiskriminierung der Frauen führt außerdem zu einem Ausfall bei Steuern und Abgaben, die die gesamte jährliche Staatsverschuldung kompensieren könnte.

Zum Begriff „Wirtschaft“

Oswald von Nell-Breuning hat das, was Wirtschaft eigentlich ist, zutreffend definiert: „Wirtschaft ist Mittelsystem zur Selbstverwirklichung des Menschen“. Nicht nur das materielle Ergebnis des Wirtschaftens, auch der Prozess des Wirtschaftens ist ethisch und politisch relevant und bei der Gestaltung bzw. Beurteilung einer Wirtschaftsordnung zu berücksichtigen. Wenn die Produkte der Arbeit veredelt die Stätten der Wirtschaft verlassen, die Menschen in diesem Prozess aber geistig und gesundheitlich Schaden nehmen, haben wir es mit einer unverantwortlichen Unwirtschaftlichkeit zu tun.

In Anlehnung an einen bekannten Ausspruch aus der Integrationspolitik ausländischer Arbeitnehmer: „es wurden Arbeiter gerufen, aber es kamen Menschen“ können wir sagen: „Die Wirtschaft sucht Arbeitnehmer, sie bekommt aber immer Menschen“. Menschen haben das Grundbedürfnis, dazuzugehören, mit allen ihren Kräften, mit ihrer ganzen Existenz. Deshalb gehört wesentlich auch zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung die „Mitbestimmung“ und die „Ertragsbeteiligung“. Arbeit ist keine Ware!

Der Begriff „Mittelsystem“ weist uns darauf hin, dass es keine wirtschaftlichen Zwecke geben darf. Wirtschaft hat immer eine Dienstfunktion, ist Mittel. Ist dem nicht so, sprechen wir von „Ökonomismus“.

Die Mittel, die zu bewirtschaften sind, sind nicht nur materielle Güter, sind persönliche Dienste, ist freie Zeit, ist menschliche Zuwendung in der Pflege und im Sterbeprozess. Deshalb ist die Marktwirtschaft als politische und wirtschaftliche Ordnung nicht nur auf die gewinnorientierte Marktproduktion fixiert, sondern bezieht zunehmend die nutzenorientierte Dienstleistung und transferfinanzierte öffentliche Dienste in ihr Denken über Produktivität mit ein.¹

Aktuelle Streitpunkte

Um das Potential der Marktwirtschaft für eine umfassende Sozialreformstrategie anzudeuten, seien nur ein paar aktuelle Streitpunkte angeführt, zu denen die Begründer der

¹ Vgl. Hans Ludwig, Wirtschaft aber ist mehr – auch mehr als öko-soziale Marktwirtschaft, in: *Kirchen im gesellschaftlichen Konflikt, Der Konsultationsprozess und das Sozialwort Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*, Münster 1997

marktwirtschaftlichen Ordnung sich eindeutig geäußert haben:

1. Gesetzlicher Mindestlohn: „Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden.“ (Prof. Dr. Alfred Müller-Armack, in: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, 1946)

2. Einkommensumverteilung: „Ob wir die durch die marktwirtschaftliche Einkommensverteilung gegebenen Bedarfsgrößen einfach annehmen oder sie durch eine Einkommensumschaltung verändern, ist für den Rechnungsapparat gleichgültig.“ (ebda)

3. Höhe der Besteuerung: „Selbst eine hohe Besteuerung zugunsten eines sozial- und staatswirtschaftlichen Konsums ist bei Wahl richtiger Steuerformen eine marktwirtschaftlich durchaus neutrale Tatsache, welche die Nachfragedaten zwar entscheidend verändert, deren Berücksichtigung aber die marktwirtschaftlichen Regeln nicht verletzt.“ (ebda)

4. Konzentration von Einkommen: „Wenn auf dem Wege der Besteuerung die höheren Einkommen gekürzt und die eingelaufenen Beträge etwa in Form von direkten Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzuschüssen weitergeleitet werden, liegt geradezu der Idealfall eines marktwirtschaftlichen Eingriffs vor.“ (ebda)

5. Konjunkturpolitik: Prinzipiell sei es möglich, oft sogar geboten, aber die Maßnahmen müssten marktkonform sein. Statt ausschließlich auf Vollbeschäftigung zu setzen, sollte das Ziel darin bestehen, den Gang der Wirtschaft insgesamt zu fördern. Dezierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lehnte er daher entschieden ab, aber ansonsten gesteht Müller-Armack der Politik eine große Auswahl möglicher Maßnahmen zu, inklusive Preis-, Zins- und Steueranreizen. Selbst staatliche Investitionen schloss er nicht aus, sah sie fallweise sogar als geboten an, warnte aber gleichzeitig davor, dass diese Art von Therapeutikum in zu großen Dosen zum Gift werde.

6. Wettbewerbspolitik, Gewinne und Einkommen: Eine konstruktive Wettbewerbspolitik habe dafür zu sorgen, dass Machtballungen und risikolose Gewinne unterbunden werden, und wo diese trotzdem anfielen, sollte sie der Staat abschöpfen. (ebda)

Heute steht die Glaubwürdigkeit der Wettbewerbspolitik in Frage, weil
- Einkommen, die weder durch Leistungswettbewerb (z. B. Akkordlöhne), noch durch Tarifpolitik (Einkommensstruktur in der privaten Wirtschaft), noch durch staatliche Festsetzung (Beamtenversorgung) legitimiert sind (Gehälter von Sparkassendirektoren und sonstigen Managern, aber ebenso Prominenten-Renten und einmalige Begabungen, die durch höhere Einkommen nicht vermehrt angeboten werden), als sakrosankt hingestellt werden, obwohl sie das Ergebnis von Macht und Ausbeutung anderer sind oder den Gesetzen von Angebot und Nachfrage nicht folgen, und daher in einer Marktwirtschaft nicht legitimiert sind.

- die Besteuerung der Einkommen mit leistungsfremden Faktoren limitiert wird. (Bierdeckelsteuern)

- die virtuellen Finanzattraktionen und Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten zugelassen werden, die inzwischen die Rohstoffmärkte, die Währungen und die Anleihemärkte von Staaten von Angebot und Nachfrage lösen und damit die unverzichtbare Lenkungsfunction der Preise auf diesen Märkten außer Kraft setzen. Hier wird die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft in ihrem Kern getroffen.

Ob es sich in der Realität um funktionsfähigen Wettbewerb handelt, kann man in der

Marktwirtschaft nur an einem Kriterium überprüfen: Gibt es anhaltend hohe Gewinne. Der funktionsfähige Wettbewerb in der Marktwirtschaft muss Gewinne und Vorsprünge beseitigen.

Historische Defizite und Fehlentwicklungen

Bei der aktuellen Problemlage und den marktwirtschaftlich konformen Reformstrategien unterscheiden wir im folgenden drei Bereiche:

1. Korrektur von **Fehlern und Unterlassungen, die schon bei der Konzeption und Einführung der Sozialen Marktwirtschaft geschehen sind**: Hier handelt es sich im wesentlichen um drei Bereiche:

- Vervollständigung der Marktwirtschaft durch die Arbeit in Erziehung und Pflege in den privaten Familienhaushalten.

Der Begründer der Freiburger Schule des Ordo-Liberalismus, deren Ziel die - Wiederherstellung des Primats der Politik und des Staates über die Wirtschaft war, Prof. Dr. Walter Eucken hat in seinem grundlegenden Werk „Grundzüge der Nationalökonomie“ das Problem auf den Punkt gebracht. Nachdem er festgestellt hatte, dass die übliche deutsche oder französische „Haushaltung“ in der Realität kleine, teilweise zentral geleitete Wirtschaftsgebilde darstellen, in denen ein wichtiger Teil des heutigen gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses abläuft, werde in den „Haushalten“ der idealtypischen reinen Verkehrswirtschaft kein Gut hergestellt, es werde weder gekocht, noch gewaschen noch genäht...In den Betrieben wird produziert, in den Haushalten konsumiert, - wobei aus den Haushalten zugleich ein Angebot von Arbeitsleistungen oder Sparsummen erfolgt, aus denen sich Einkommen ergibt.

Alexander Rüstow, der Mitbegründer der Freiburger Schule und langjährige Präsident der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft hat lange ernsthaft überlegt, den Frauen und Müttern die außerhäuslicher Erwerbsarbeit gesetzlich zu verbieten.

Auch das Familienlohnkonzept der Katholischen Soziallehre nimmt die Frauen und Mütter nicht als eigene Wirtschaftssubjekte wahr, ihre Arbeit wird in den Mann und Vater hineinprojiziert. „Aus keiner anderen Quelle als aus der Arbeit der Werktätigen stammt der Wohlstand der Völker“ (Rerum novarum).

Allgemeiner formuliert: Wir müssen die gewinnorientierte (Güter)Marktproduktion in dem Masse durch nutzenorientierte Dienstproduktion ergänzen, wie der Faktor Arbeit im Gütermarktbereich nicht mehr gebraucht wird. D. h. die Gütermarktproduktion erhält nach wie vor Priorität

- eine marktwirtschaftskonforme Unternehmensverfassung, die die Unternehmen, und zwar alle, unabhängig von ihrer Rechtsform und Größe, zu Eigentümern der Produktionsmittel macht, diese ihrerseits an drei Funktionen bindet (Arbeit, Kapital, Management). Arbeit und Kapital jeweils als Funktion, nicht als soziale Klasse gesehen, bestimmen paritätisch über die Vorteilhaftigkeit und Verwirklichung von Investitionen, falls es hierbei zu Pattsituationen kommt, hat das Management eine dritte Stimme, die das Patt im Interesse des Unternehmensgewinns auflöst.

Dabei wird unterstellt, dass mit dem Streben nach dem optimalen Unternehmensgewinn auch der wirtschaftlichste Beitrag zur Überwindung der Güterknappheit geleistet wird, was wiederum die Funktionsfähigkeit der Märkte, Angebot und Nachfrage voraussetzt, durch die die Signale richtig gegeben werden.

Die jetzige Situation, dass große traditionsreiche Unternehmen in Deutschland nur als Vermögensmasse gesehen werden, die jeder Hedge Fond oder ausländische Investor kaufen und verkaufen, schließen oder verlegen kann, wäre damit aufgehoben. Ohne Management und ohne Belegschaft kann dann kein deutsches Unternehmen verlagert oder vernichtet werden.

Aber auch die Situation, dass über 80 % der deutschen Klein- und Mittelbetriebe, die als Eigentümer- oder Familienunternehmen i. e. S. geführt werden, in denen die Arbeitnehmer sowohl von einer wirtschaftlichen Mitbestimmung als auch einer Beteiligung am haftenden Eigenkapital rechtlich ausgeschlossen sind, muss im Interesse dieser Unternehmen dadurch beseitigt werden, dass alle Unternehmen mit abhängig beschäftigten Arbeitnehmern als juristische Person konstituiert werden müssen.

“Wer ein Unternehmen als Verbund von Personen in die Welt setzt, kann nachher nicht nach Belieben damit verfahren, genauso wenig wie jemand, der ein Kind in die Welt setzt, nachher Herr über Leben und Tod dieses Kindes ist“²

Eine wesentliche Ursache für

- die Konzentration von Geld, Liquidität und Kapital
- die Konzentration der Einkommen,
- die Konzentration der unternehmerischen Entscheidungsmacht und auch
- für die wachsende Staatsverschuldung und
- die Krise der internationalen Finanzmärkte haben wir hier zu suchen.

Wenn die mittelständische Wirtschaft nur Investitionen tätigen kann, wenn sie

- Gewinne macht und diese einbehalten kann zur Finanzierung späterer Investitionen
 - den Arbeitnehmern jenen Teil des Lohnes vorenthält, der diesen zur Beteiligung an den Investitionen zusteht,
 - wenn das so in den Unternehmen und den Unternehmerhaushalten angesammelte Geld und Kapital renditeträchtige Anlage sucht, diese aber im Bereich der realen Wirtschaft nicht mehr gefunden werden,
- dann ist die Versuchung groß, diese Anlage
- im Bereich des Staates zu suchen und zu schaffen, indem man nicht mehr steuerfinanzierte Staatsausgaben tätigt, sondern kreditfinanzierte, wo Einkommen und Zinserträge den bisherigen Geldbesitzern einseitig zufließen,
 - bestehende beitrags- und steuerfinanzierte Systeme attackiert, indem z. B. kapitalstockgedeckte Systeme verlangt werden, während umlagefinanzierte schlechtgeredet werden, obwohl niemand auf Dauer hier die Sicherheiten bieten kann, die ein umlagefinanziertes System immer bietet.
 - mit hohen Gewinn- und Renditeerwartungen ausgestattete neue Papiere tätigt, die so kompliziert sind, dass selbst Bankvorstände sich nicht mehr auskennen und ihren Kunden unververtretbare hohe Risiken auferlegt.

- Vollbeschäftigung, produktivitätsorientierte Einkommen, Konsolidierung der staatlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme sind nur möglich, wenn der Staat die Verantwortung für Beschäftigung und Wachstum übernimmt, soweit diese nicht aus der „Markt“-wirtschaft selbst kommen. Die bisherige These: „Arbeitsplätze zu schaffen ist Sache der Wirtschaft“ ist falsch. In dem

² Wilhelm Krelle u. A. in: Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, Tübingen 1968)

Masse, in dem der technische Wandel in der herkömmlichen gewinnorientierten Güterproduktion menschliche Arbeit ersetzt (ein Prozess, den wir weder kritisieren noch umkehren möchten), muss die dort frei werdende Arbeit in anderen nutzenorientierten gesellschaftlichen Arbeitsfeldern eingesetzt werden. Diese sollten angesichts der drohenden Klimakatastrophe eher in den „weichen“ Feldern wie Erziehung, Pflege, Bildung, Gesundheit entstehen, weniger in den „harten“ Feldern der klassischen Industrie.

Zunächst war das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft von den Erkenntnissen der Klassischen Nationalökonomie geprägt, die Arbeitslosigkeit als Problem nicht kannte. Nach ihren Theorien gibt es immer einen systemimmanenten Prozess zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts hat Karl Schiller die Globalsteuerung eingeführt, die den Erkenntnissen von Keynes Rechnung trägt, wonach Vollbeschäftigung allenfalls ein zufälliges Ergebnis ist, das auch nicht von Dauer ist, und deshalb der Staat durch antizyklische Konjunkturpolitik und andere Maßnahmen die vier gesamtwirtschaftlichen Ziele anstreben muss. Dies wurde den Politikern in mehreren Gesetzen verpflichtend aufgegeben (Stabilitätsgesetz, Gesetz über den Sachverständigenrat, Kreditwesengesetz, Bundesbankgesetz, u.a.) Jene Ziele sollen vorrangig angegangen werden, die am meisten gefährdet seien. Insbesondere das Ziel „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ wird aber weder von der Bevölkerung, noch von der Politik, noch von der ökonomischen Wissenschaft adaptiert. Alle unsere Regierungen leisten den Eid auf Verfassung und Einhaltung der Gesetze, die dort vorgegeben wirtschaftspolitischen Ziele hoher Beschäftigungsstand, Preisniveaustabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum, werden aber trotzdem missachtet, etwa bei der Frage der Bewertung unserer Exportüberschüsse.

2. Inzwischen sind im Verlauf der über 60-jährigen Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft neue Einsichten gewachsen und Probleme aufgetreten.

- Konrad Adenauer hat bei der Einführung der dynamischen Rente 1957 den bekannten Spruch getätigt: „Kinder werden sie immer haben!“ Damals ging es um die Einführung eines **Drei-Generationen-Ausgleichs in der gesetzlichen Rentenversicherung**, der mit dieser Feststellung abgelehnt war. Der ökonomische Kern dieser Aussage ist ja, Kinder sind kein knappes Gut, Staat und Wirtschaft haben keine Rücksicht darauf zu nehmen und keine Vorkehrungen zu treffen, dass immer genügend Kinder nachwachsen. Inzwischen ist diese Fehleinschätzung zu einem existentiellen Problem unserer Gesellschaft geworden. Uns fehlt in jeder Generation von 30 Jahren 1/3 unseres Nachwuchses, in 100 Jahren sind wir also als Gesellschaft nicht mehr lebensfähig, und zwar nicht wegen der Finanzierung von umlagefinanzierten Sicherungssystemen, sondern weil es kaum noch Menschen gibt..

- Die Entwicklung der „Neuen Haushaltsökonomik“ bzw. der „Bildungsökonomik“ in den USA hat den Blick der Wirtschaftswissenschaftler darauf gelenkt, dass die **Erziehung, Pflege, Bildung auch im privaten Haushalt ein Investitionsprozess** ist, bzw. die Bildungsausgaben des Staates von Konsumausgaben wesentlich zu unterscheiden sind, deren Produkt, das „Humankapital“ ein wesentlicher Ausdruck unseres Wohlstandes auch dann ist, wenn es nicht in die offizielle Sozialproduktrechnung einfließt. Das „Volk der Dichter und Denker“ hat diesen neuen Begriff des „Humankapital“ sofort auf den Index gesetzt (Unwort des Jahres), Erziehung, Bildung werden weiterhin als Posten in der staatlichen Ausgabenrechnung geführt, nicht aber in der Wachstums-, Einkommens-, und Lohnnebenkostenrechnung. Der 5. Familienbericht der Bundesregierung 1995 hat diese Zusammenhänge

überzeugend dargestellt und anhand der Zeitverwendungsstudien nachgewiesen, dass 2/3 der produktiven Arbeit dort geleistet werden.

- **Die Außenhandelsüberschüsse** der Bundesrepublik sind derart hoch, dass sie zu einem Problem der internationalen Politik werden, außerdem verstoßen sie gegen wichtige Gesetze der Bundesrepublik und verringern die Realeinkommen der deutschen Arbeitnehmer. Es macht zwar keinen Sinn, die Exporte zu verringern, die Alternative, die Importe zu erhöhen lässt sich auch nicht diktieren. Es könnten aber Konzepte entwickelt werden, diese in den Kellern der Notenbank schlummernden Devisenreserven sinnvoll international einzusetzen, z. B. in einem Katastrophenfond für humanitäre Hilfe in Naturkatastrophen oder internationalen Entwicklungsprojekten der UNO. Man könnte die jetzige Wehrpflicht und den Zivildienst für alle Frauen und Männer vervollständigen, indem sie in solchen internationalen Projekten helfen, und sich für solche Hilfen qualifizieren

- Die Veränderungen in unseren Familien macht eine fördernde Familienpolitik bei ganz unterschiedlichen Besoldungssystemen immer schwieriger und undurchschaubarer. Das Ifo-Institut hat 2005 in einer Studie nachgewiesen, dass pro Kind 76.900- € mehr in öffentliche Kassen fließen, als für dieses Kind aus öffentlichen Kassen an Förderung ausbezahlt werden. Damit wird die **bisherige Familienpolitik ad absurdum** geführt, Martin Lohmann hat aufgrund dieses Berichts sein Buch „Etikettenschwindel Familienpolitik“ betitelt. Inzwischen ist man dabei, alle in der Lohnfindung enthaltenen Elemente eines Familienlohnes zu eliminieren, besonders im öffentlichen Dienst, ohne dass es zu einem Ausgleich durch ein eigenständiges Erziehungseinkommen kommt. Die Probleme bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme bei mehreren Beziehern von versicherungspflichtigen Einkommen bzw. Versorgungseinkommen im Beamtenrecht werden immer komplizierter, etwa bei der Finanzierung der Krankenversicherung von Kindern oder der Anrechnung von Rentenanwartschaften bei Einkommen aus unterschiedlichen Systemen. Es muss angestrebt werden, dass alle Personen im erwerbsfähigen Alter ein Einkommen beziehen, das in bezug auf Steuern und Soziale Sicherung den gleichen Kriterien folgt, damit mehr Ursachengerechtigkeit und Überschaubarkeit gewährleistet sind.

- Der **Zusammenhang zwischen Leistungswettbewerb und darin entstehenden Einkommen und Abschlüssen im Bildungssystem** wird immer mehr offenbar. Der Sachverständigenrat hatte bereits 1972 darauf hingewiesen, dass Einkommen in der Marktwirtschaft sich nicht an Bildungsabschlüssen, Anstrengung, Verantwortung u. dgl. orientieren, sondern ausschließlich nach der Zahl derer, die sie anbieten und die sie nachfragen. Bei der Bestimmung dieser Zahlen spielt das Bildungssystem eine zentrale Rolle als Platzanweiser um die begehrten beruflichen Positionen. Es darf keinen Zusammenhang zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem konstruiert werden, bei dem die Anzahl der vermittelten Qualifikationen genau der Nachfrage entsprechen, es muss vielmehr eine Überqualifikation geben, weil es nur dann die Wahlmöglichkeiten gibt, die jene Freiheit ausmachen, die in der Marktwirtschaft wesentlich ist.

3. **Schließlich stehen wir vor neuen Herausforderungen, der Transformation der kapitalistischen Industriegesellschaft in eine allgemeine Arbeitsgesellschaft, in der die folgenden vier existentiellen Probleme des Überlebens unserer Gesellschaft einer marktwirtschaftlich konformen Lösung zugeführt werden:**

- die demografische Entwicklung führt dazu, dass wir bei einer Geburtenrate von 1,4, von der die Familienstatistik für die nächste Zeit ausgeht, in jeder Generation 1/3

unseres Nachwuchses verlieren. Dies wirkt sich inzwischen auch sichtbar in absolut sinkenden Geburtenzahlen aus, weil nun auch die Generation der gebärfähigen Frauen deutlich abnimmt. Die Ursache wird von anerkannten Bevölkerungswissenschaftlern in einem gesehen, das darin besteht, dass je besser die Chancen der Frauen im Erwerbsleben werden, insbesondere ihre Einkommen steigen, desto höher die Opportunitätskosten der Kinder werden, so dass viele sich keine Kinder mehr leisten. Man kann auch sagen, unter den gegebenen Bedingungen ist Familiengründung und sind Kinder für selbstbewusste und gebildete Frauen nicht mehr zumutbar. Man kann auch sagen, diese Frauen sind längst in einen Geburtenstreik getreten.

- die Staatsverschuldung wächst ins Unermessliche, das Ifo-Institut kommt in seiner Studie über die fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Abgabensystem zu dem Ergebnis, dass bis zum Jahre 2100 die Schuldenstandsquote auf über 500 % steigt, wenn sich nichts Entscheidendes bis dahin ändert. Auch die Bertelsmannstiftung kommt in ihrem Schuldenmonitor zu vergleichbaren Ergebnissen.

Der Abbau dieser Staatsverschuldung, der einhergeht mit einer riesigen Kapitalkonzentration bei den Gläubigern dieser Staatsverschuldung, ist nur machbar, wenn die Wachstumspotentiale unserer Volkswirtschaft wirklich in neuen Wachstumsfeldern genutzt werden. Die jetzige Strategie, die davon ausgeht, dass wir über unsere Verhältnisse leben und deshalb sparen müssten, geht von falschen Voraussetzungen aus und wird ihr Gegenteil erreichen.

- die Beschäftigung der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird auch durch die demografische Entwicklung nicht wirklich wachsen. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Marktwirtschaft, dass bei dem Bemühen, die Gewinne der Unternehmen durch Senkung der Arbeitskosten zu steigern, trotz Wachstums immer weniger Menschen beschäftigt werden. Die Vollbeschäftigung in diesem Bereich kann nicht von den Unternehmen erwartet werden, sie ist eine staatliche Aufgabe. Der Staat muss diese Aufgabe zwar so meistern, dass er den Unternehmen in ihren ureigensten Wachstumsfeldern nicht schadet, auch die Lohnbildung und Lohnfindung im Marktsektor muss Priorität haben, diese muss aber letztendlich am Produktivitätsfortschritt orientiert sein und für alle Bereiche des Wirtschaftens gelten. „Zu einer produktivitätsorientierten Lohnbildung gibt es keine vernünftige Alternative“ (Ifo Institut).

- Schließlich wird immer deutlicher, dass die Klimakatastrophe kommt, wenn wir unsere Energie nicht aus regenerierbaren Energieträgern gewinnen und wenn wir unsere Produktion insgesamt nicht auf die „weichen“ Wachstumsfelder umstellen. Diese sind Erziehung, Pflege, Bildung, Gesundheit, hier müssen die Arbeitsplätze entstehen und muss das Wachstum kreierte werden, das uns aus der Misere herausführt.

Die 6 Funktionen des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft

Zunächst zum Verständnis des folgenden einige einfache Bemerkungen zur ethischen Legitimation von Markt und Wettbewerb:

Die elementare Erfahrung, dass die Güter für ein sinnvolles Leben knapp sind, und dass sich diese Knappheit in Preisen ausdrücken lässt, führte zu der Überlegung, dass die Preise, sofern sie sich als Ergebnis von Nachfragemenge und Angebotsmenge auf einem Markt frei bilden können, auch als Regulator eingesetzt werden könnten. Hohe Preise eines bestimmten Gutes locken nach möglichst hohem Gewinn strebende Unternehmer in diese Verwendung, das Angebot erhöht sich. Gleichzeitig schrecken hohe Preise die Nachfrager von diesem Gut ab. Beide Bewegungen führen zu einem Preis, der den Markt

räumt und die die Kosten der Produktion gerade noch deckt. Das ist auch der Punkt, wo die Güterversorgung optimal wird, die Faktoren optimal eingesetzt werden und es keine Gewinne mehr gibt. Wirtschaft, die sich als Mittelsystem zur Selbstverwirklichung des Menschen versteht, erreicht so ihr Ziel ohne Verschwendung und ohne Ausbeutung.

In der Literatur werden regelmäßig 5 bzw. 6 Wettbewerbsfunktionen genannt, je nachdem, ob man die Freiheitsfunktion dazu rechnet oder sie der Ordnung der Wirtschaft voraussetzt:

- Auf den Märkten der Produktionsfaktoren steuert der Wettbewerb die funktionelle Einkommensverteilung nach der Marktleistung und verhindert damit eine Ausbeutung aufgrund von Marktmacht. (Lohnquote und Gewinnquote und die Struktur der Einkommensverteilung innerhalb der einzelnen Märkte).

Aktuell erreichen wir aufgrund der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit und der dadurch verringerten Marktmacht der Gewerkschaften den produktivitätsorientierten Lohn nicht mehr, die Folge sind weitere Arbeitslosigkeit und Exportüberschüsse, weil wir in der Lohnkonkurrenz gegenüber dem Ausland überlegen sind. Die Defizite der schwachen Länder Griechenland, Portugal, Spanien einerseits und solcher Länder, die sich nichts daraus machen wie USA und Großbritannien sind das genaue Spiegelbild unserer Überschüsse. Wer also diese Defizite abbauen will, kann nicht gleichzeitig den Exportüberschüssen und dem Niedriglohnssektor das Wort reden.

- Durch den Wettbewerbsprozess wird die Zusammensetzung des laufenden Angebots an Waren und Dienstleistungen nach den Käuferpräferenzen gesteuert. (Der Kunde ist König).

Kundenpräferenzen setzen sich nur da durch, wo sie mit einer entsprechenden kaufkräftigen Nachfrage ausgestattet sind, das sind in der Regel nicht die Familien mit vielen Kindern, auf denen sogar die Last der Finanzierung der öffentlichen Haushalte ruht. Insofern führt eine Einkommenskonzentration bei den Kinderlosen und den Besitzern von Kapitalvermögen in überdurchschnittlichem Masse zu einer Zusammensetzung des laufenden Angebotes an Waren und Dienstleistungen, die den Käuferpräferenzen eines Wirtschaftsraumes mit Familien, Kindern und alten Menschen nicht mehr entspricht. Es kommt zu Fehlallokationen.

- Der Wettbewerb lenkt die Produktionsfaktoren in ihre produktivsten Einsatzmöglichkeiten.

Wenn Güterpreise als Indikatoren und Regulatoren wirken sollen, müssen sie die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse widerspiegeln. Sind aber Preise spekulativ bestimmt und nicht mehr Ergebnis von Angebot und Nachfrage, wie z. Zt. fast alle Rohstoffmärkte, die nationalen Währungen und die Staatsanleihen, kommt es auch hier zu Fehlallokationen, etwa wenn bei Veränderungen von Rohölpreisen aufgrund von Spekulation die Investitionen in regenerierbare Energieträger unerwartet lohnender oder auch nicht mehr lohnend sind.

- Der Wettbewerb ermöglicht die laufende flexible Anpassung der Produktionskapazität an die außerwirtschaftlichen Daten, insbesondere an die sich ständig ändernde Nachfragestruktur und Produktionstechnik.

Wer diesen Signalen als Unternehmer nicht flexibel folgt, riskiert Gewinne und Existenz. Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs ist aber auch

hier, dass die Preise die wirklichen Knappheitsrelationen widerspiegeln und nicht durch Einflüsse von Macht und Spekulation verzerrt sind.

- Der Wettbewerb beschleunigt die Durchsetzung des technischen Fortschritts bei Produktion und Produktionsmethoden.

Wenn die Entscheidungsregel in den Unternehmen tatsächlich die Mehrung des Unternehmensgewinns ist, gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder die Entscheidung liegt bei den Interessenvertretern der Kapitaleigner, dann wird eher kapitalsparender technischer Fortschritt zum Durchbruch kommen auf Kosten der außenstehenden zusätzlichen Kapitalgeber. Oder die Interessenvertreter des Faktors Arbeit haben das Sagen, dann wird arbeitssparender technischer Fortschritt favorisiert auf Kosten der außen stehenden zusätzlichen Arbeitnehmer. Es gibt dann keine systemimmanente Gleichgewichtsbewegung, sondern der Prozess eskaliert in immer mehr Arbeitslosigkeit oder Unterversorgung mit Eigenkapital, in beiden Fällen entsteht weniger Wirtschaftswachstum. Die Lösung liegt in einer dritten Bank, die Unternehmensleitung, die von beiden Seiten eingesetzt und kontrolliert wird und im Zweifel, bei den typischen Pattsituationen, den Ausschlag gibt zugunsten jener Entscheidung, die den Unternehmensgewinn optimiert.

- Der Wettbewerb ermöglicht ein höchstmögliches Maß an Freiheit, wobei umstritten ist, ob diese Funktion eine ökonomische ist, oder sie der Ökonomie voraus geht.

Gerade am letzten Punkt setzt die Kritik von Hoppmann an, der das Ziel Freiheit auch bei allen nachfolgenden Entscheidungen, die den Wettbewerbsprozeß beeinflussen, als entscheidendes Kriterium mit berücksichtigt haben will.

Sieben neue Baustellen für die Sanierung der Sozialen Marktwirtschaft:

Zur Lösung all dieser Defizite aus der Vergangenheit und der neuen Herausforderungen bieten sich folgende sieben Baustellen an, in denen die Reformen durchzuführen sind, die die Probleme lösen:

Baustelle 1: Erziehungs- und Pflegeeinkommen in den privaten Familienhaushalten und weitere Beschäftigungsfelder in staatlicher Verantwortung für nutzenorientierte Arbeit. In dem Maße, wie Arbeitsplätze im herkömmlichen Bereich der kapitalistischen Güter- und Dienstleistungproduktion entfallen, sind sie in gesamtstaatlicher Verantwortung zu ersetzen durch neue in den Bereichen Erziehung, Pflege, Bildung und Gesundheit, so dass immer Vollbeschäftigung herrscht, und damit eine wesentliche Voraussetzung auch der Lohngerechtigkeit, produktivitätsorientierte Löhne, hergestellt ist. „Der gerechte Lohn ist der Vollbeschäftigungslohn“³

Zur Zeit sind ca. 15 Mio Menschen im erwerbsfähigen Alter nicht in das Erwerbssystem integriert. Mit 8 Mio Arbeitsplätzen in der Erziehung und 2 Mio in der Pflege sowie weiteren 1 Mio in flankierenden Maßnahmen (Berufsausbildung und –fortbildung, Dienstleistungsagenturen, Urlaubs- und Krankheitsvertretungen etc.) könnten 11 Mio arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen integriert werden. Ein dadurch ausgelöstes Wirtschaftswachstum von 20 %, das zur Hälfte beschäftigungspolitisch wirksam wird, könnte weitere 4 Mio Arbeitsplätze am Markt entstehen lassen, so dass insgesamt 15 Mio zusätzliche Einkommensbezieher mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen einerseits und den wegfallenden fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit, der Familien-

³ Johannes Messner, Die Soziale Frage, 1957

und Sozialhilfe die öffentlichen Haushalte sanieren und die Staatsverschuldung wieder auf ein vertretbares Maß zurückführen würden. Nach den Regeln des Schuldenparadox könnte sogar bei Wegfall des Ehegattensplittings und den Steuerfreibeträgen bei Kindern zusätzlich ein bedarfsgerechtes Kindergeld ausbezahlt werden.

Ähnliche Wirkungen lassen sich erzielen, wenn Pflegepersonen in den privaten Haushalten brutto bezahlt würden, oder wenn zusätzliche Betreuungs- und Lehrkräfte in Ganztagschulen, Kitas u dgl. mehr eingesetzt würden.

Pflegeheime, Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen, in denen die Produktivität nicht am Gewinn allein gemessen werden darf, sondern an der Anzahl der geleisteten Betreuungsstunden und menschlicher Präsenz, könnten die Qualität ihrer Arbeit und die Zufriedenheit von Mitarbeitern und Patienten deutlich erhöhen bei gleichzeitiger Entlastung der Haushalte.

Wie sich ein solches Projekt fiskalisch auswirken würde, kann an folgender Tabelle verdeutlicht werden.

**Übersicht über die Finanzierungsalternativen
bei unterschiedlicher Anzahl zusätzlicher Marktarbeitsplätze
und einer Grenzabgabenquote 66,6 Prozent
jeweils in Milliarden Euro**

Nr.	EINHEIT	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1	11 Mio Haushalte erhalten je 30.240,- € pro Jahr d. h. 2.520,- € pro Monat	332,640	332,640	332,640	332,64
2	Abzüglich fiskalischer Kosten der Arbeitslosigkeit, der Familien- und Sozialhilfe	-84,0	-84,0	-84,0	-84,0
3	Verbleiben zu finanzieren 332.640 – 84,0	248,640	248,640	248,640	248,640
		Zusätzlich 4 Mio Marktar- beitsplätze	Zusätzlich 3 Mio Marktar- beitsplätze	Zusätzlich 2 Mio Marktar- beitsplätze	Zusätzlich 1 Mio Marktar- beitsplätze
4	Einkommen / Arbeitsplatz je 30,240,- € pro Jahr d. h. 2.520,- € pro Monat	120,960	90.720	60.480	30.240
5	Steigerung des Gesamteinkommens in der Volkswirtschaft (Zeile 1 + 4)	453,600	423,360	393.120	362,880
8	Grenzabgabenquote 66,6% (lt. Ifo- Pressemitteilung Dez. 2005) Summe 1 + 4 x 2/3	302,400	282,240	262,080	241,920
7	Finanzierungssaldo -1+ 2+8	53,760	33,6	13,440	-6,720

Weitere Hinweise über die Finanzierbarkeit in⁴

Überfordert würde unsere Wirtschaft nur dann, wenn die zusätzliche Beschäftigung über die 15 Mio Erwerbspersonen ohne Arbeit hinaus angestrebt würde.

Baustelle 2: Eine marktwirtschaftsgemäße Unternehmensverfassung sowohl für die Großunternehmen als auch die kleinen Eigentümerunternehmen bzw. Familienunternehmen.

Oswald von Nell-Breuning berichtete immer wieder eindrucksvoll von dem Treffen der vier Professoren, die im Auftrag des DGB eine „neue“ Unternehmensverfassung kreieren sollten, dass es ihnen eines Tages wie Schuppen von den Augen fiel als sie erkannten, es gibt bisher überhaupt keine Unternehmensverfassung, also geht es nicht um eine „neue“, sondern überhaupt um eine solche. Bisher kreisten die Bemühungen darum eher bezüglich der Großunternehmen und Kapitalgesellschaften, wo es um die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer geht, aber auch um Fragen der Zugehörigkeit zum Unternehmen.

Der Schlüssel der Probleme um die Unternehmensverfassung liegt aber in den Einzel- und Familienunternehmen.

Baustelle 3: Einheitliche Kriterien für die Einkommen aus Arbeit und deren Zuordnung auf erwachsene Einzelpersonen, nicht mehr auf Familien. Dies gilt für Wehrsold und Zivildienstvergütung, für Löhne, Gehälter, Beamtenversorgung, Erziehungs- und Pflegeeinkommen, Managervergütungen, Unternehmerlöhne usw. Kinder werden wegen des Krankheitsrisikos in einer eigenen Kinderversicherung erfasst, zu deren Finanzierung alle anderen über ihre Krankenkassenbeiträge beitragen. Beamte werden in die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung einbezogen, ebenso alle Freiberufler, deren Renten und Beiträge einer Beitragsbemessungsgrenze unterliegen, die deutlich höher sein wird, als die derzeit geltenden. Die Grundsätze des Berufsbeamtentums sind notfalls neu zu definieren und sind zu berücksichtigen.

Baustelle 4: Stärkung der sozialen Sicherungssysteme über Stärkung der Selbstverwaltung

Angesichts der Kampagnen der letzten Jahre, in denen die sogenannten Lohnnebenkosten als Bestandteile der Staatsquote dargestellt wurden (bis zum 7. Juli arbeiten wir für den Staat, erst dann für uns!), und in denen die umlagefinanzierten Systeme als unsicher hingestellt wurden, kapitalstockgedeckte dagegen in ihrer Rentabilität weit überzogen angedient wurden, soll wieder klar werden, dass die Sozialversicherungsbeiträge sowohl mit ihrem Arbeitgeber-, als mit ihrem Arbeitnehmeranteil Bestandteile des gerechten Lohnes sind. Sie sind Ausgaben der Arbeitnehmer zur Absicherung der Risiken ihres Lebens und ihrer Familien bezüglich Gesundheit, Geburten, Alter, Invalidität und Pflege. Ihre Einkommensabhängigkeit, und zwar vomlohneinkommen bzw. Einkommen aus Arbeit soll gestärkt und erhalten bleiben.

Die aktuellen Finanzierungsprobleme bei der Rente aufgrund der Demografie werden sich auf mittlere Sicht (ausgenommen die Jahre 2020 – 2030), erledigen. Andere Risiken werden durch eine Vergrößerung der Zahl der Beitragszahler (Erziehung und Pflege) und Vollbeschäftigung, insbesondere auch produktivitätsorientierte Einkommen langfristig abgesichert.

Die aktuellen Finanzierungsprobleme bei der Krankenversicherung und ihre längerfristige Lösung ist nur möglich durch eine langsam steigende Beitragshöhe, weil der Anteil der Krankheitskosten an den privaten Ausgaben aufgrund des Fortschritts der Medizin und der

⁴ Jünemann/Ludwig, Vollbeschäftigung ist möglich, Makroökonomische Simulation der Wirkungen eines zusätzlichen Erziehungseinkommens, Merzig 2002

längeren Lebensdauer steigen wird. Das erfordert flankierend deutliche Initiativen zur Verbesserung der Effizienz (Arzneimittelpreise müssen denen des europäischen Binnenmarktes entsprechen, Ärztehonorare, Krankenhausfinanzierung, etc.). Die Kosten der Kinder werden auf alle Versicherten gleichmäßig verteilt, unabhängig davon, ob sie selbst Kinder haben oder nicht.

Die Kosten der Pflegeversicherung werden deutlich umgeschichtet durch ein neu eingeführtes Pflegeeinkommen, dessen Wirkungen auch die eigene Finanzierungsleistungen bei je eigener Heimunterbringung verbessert.

Es stellt sich die Frage, ob die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sich bewährt hat. Weiterentwicklungen sind möglich in Richtung einer Alleinbestimmung der Arbeitnehmer, nachdem die Arbeitgeber sich nicht als verlässliche Partner erwiesen haben. Möglich wäre aber auch nach dem Modell von Luxemburg eine Tripartität unter Einbeziehung des Staates, der sich dort allerdings auch in der Rentenversicherung mit gleich hohen Zuschüssen an der Finanzierung beteiligt.

Baustelle 5: Internationale Katastrophendienste unter der Regie der Uno mit einem allgemeinen Pflichtjahr für Männer und Frauen für Wehrdienst, Zivildienst, Katastrophendienst, Entwicklungsdienst, etc. Finanziert aus den nicht genutzten Außenhandelsüberschüssen, die als Devisenreserven bei der Bundesbank lagern. Geprüft werden könnte, ob dann die Jahre für Schule und Studium um ein Jahr verkürzt werden können.

Baustelle 6: Zusammenhang von Bildung und Beschäftigung. Die Kulturhoheit der Länder im Schulsystem verleitet den Bund dazu, dass er selbst hier nicht tätig werden dürfe. Er hat aber die Zuständigkeit für die Berufliche duale Bildung, insbesondere die betriebliche Berufsausbildung.

Um die Gleichwertigkeit dieser beiden Bildungsbereiche zu stärken, sollte der Bund auch die Zuständigkeit für den schulischen Teil der Berufsausbildung übernehmen und die darauf aufbauenden Bildungsgänge in eigenen Universitäten analog zu den Bundeswehrhochschulen sicherstellen. Dies könnte auch als Beitrag dazu genutzt werden, die überschuldeten kleineren Bundesländer mit eigenen Universitäten zu entlasten, indem er diese für diesen Zweck übernimmt und finanziert, z. B. Saarland, Bremen und Berlin.

Die in den einzelnen Ländern vorhandenen Zugangsvoraussetzungen für ein Hochschulstudium, z. B. Prüfungen für die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifeprüfung, sind zu vereinheitlichen und so zu gestalten, dass sie die besonderen Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten von Absolventen den beruflichen Bildungssystemen berücksichtigen.

Baustelle 7: Angesichts der aktuellen Finanzmarktkrise ergeben sich weitere Aufgaben bzw. Strategien in einer 7. Baustelle:

1. Sand in das Getriebe werfen: Tobin: In die fettigen Räder muß man etwas Sand werfen, um die teilweise rasende Geschwindigkeit zu bremsen. Das ist Aufgabe einer Finanzmarkttransaktionssteuer oder Tobin-Steuer, deren erste Aufgabe nicht darin besteht, zusätzliche Finanzmittel in die öffentlichen Haushalte zu spülen, sondern die Finanzmarkttransaktionen zu verlangsamen und sie wieder menschlichen begrenzten Möglichkeiten anzupassen.

2. Einige Märkte müssen vollständig herausgenommen werden. Es darf keine Spekulation mit Nahrungsmitteln geben. Zucker, Reis, Weizen sind inzwischen voll spekulativ.

3. Bestimmte Geschäfte dürfen nur noch mit zugelassenen Händlern auf zugelassenen Märkten geschehen. Wir sind gerade dabei, im Rohstoffbereich stärker zu trennen. Zwischen

realer Absicherung, die auch sein muss (Warenterminmärkte, Absicherung gegen normale Wechselkursrisiken) und reiner Finanzisierung, also Spekulation durch Zocken. Solche Kontrakte dürfen nur noch über zugelassene Märkte mit zugelassenen Händlern abgewickelt werden. Der amerikanische Kongress hat hier sehr gute Vorschläge gemacht.

Aber, die Deutsche Bank hat z. B. inzwischen bereits einen Zuckerhändler gekauft, damit sie sich als Zuckerhändler ausgeben kann.

4. Jede Art von Spekulation auf Verfall von Werten soll verboten werden, z. B. in Griechenland. Die Zinsaufschläge sind genauso falsch wie die Ölpreise. Der Wahn, dass das als Marktergebnis dargestellt wird, muss entzaubert werden.

5. Trennung zwischen systemrelevanten Kreditbanken und Investment- und Spekulationsbanken, für letztere müssten bis zu 100 % Eigenkapital gefordert werden, denn sie bringen keine Erträge, jedenfalls keine gesellschaftlichen, und dürfen deshalb auch keine Kredite von Banken bekommen.

6. Währungen herausnehmen, die von anderen Kriterien bestimmt sein müssen. (so, wie die Notenbanken nicht gewinnorientiert arbeiten dürfen). Die Währungsspekulation richtet den größten Schaden an, sie drängt Preise systematisch in die falsche Richtung, ganze Länder kollabieren, wie Island, Ungarn oder andere jetzt in dieser Krise, oder früher in Asien. Das darf einfach nicht zugelassen werden.

7. Natürlich stellt sich die Frage nach einer Bankensteuer, auch dann, wenn die nicht gleich international oder europäisch möglich ist. Für die Zocker in London würden solche Maßnahmen, nur von den USA und der Bundesrepublik getragen, schon eine große Abschreckung sein.

Mettlach, den 11. Juni 2010
Hans Ludwig